„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

# Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

'Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 28. Februar 1923 | 12 Seiten | Nummer 17

## Massen-Protest gegen Ruhrbesetzung

New York, 27. Febr. — Unter den 15,000 Menschen, welche sich im Madison Square Garden an dem Massenprotest des Komitees von Einhundert gegen die Besetzung der Ruhr beteiligten, schien nicht ein einziger die Sache von Frankreich zu vertreten. Dagegen gab es langanhaltendes Zischen und als ein Redner den Vorschlag zu machen wagte, daß „Deutschland gezwungen werden sollte, seine gerechten Schulden zu bezahlen", ertönten Rufe, man solle den Mann hinauswerfen.

Die Versammlung kann als eine Brandmarkung von Frankreichs Premier, seines Heeres und seiner Entschädigungspolitik bezeichnet werden. Das Polizeiamt hatte 800 Mann entsandt, um etwaigen Ruhestörungen begegnen zu können. Keine einzige Verhaftung wurde vorgenommen. Das Publikum, das größtenteils aus Deutschamerikanern und Irischamerikanern bestand, verhielt sich ruhig. Kein einziger Stichler erhob sich, um eine Frage zu stellen. Senator Borah aus Idaho schickte ein Telegramm, in welchem er die Einberufung einer Konferenz durch die Ver. Staaten befürwortet, um das „schreckliche Dilemma", welches die Besetzung der Ruhr durch die Franzosen geschaffen, zu regeln.

Die Beschlüsse der Versammlung, welche amerikanisches Eingreifen im Streit um die Ruhr verlangen, wurden Präsident Harding zugestellt.

**Versammlung in Chicago.**

Chicago, 27. Febr. — Fünftausend Chicagoer faßten in einer Massenversammlung Beschlüsse, welche verlangen, daß die amerikanische Regierung gegen den Einfall der Franzosen in die Ruhr Protest erhebt. Die Regierung wird zugleich aufgefordert, ihren Einfluß aufzuwenden, um Frankreich zur Entfernung seiner Truppen aus dem besetzten Gebiet zu zwingen.

## Frankreichs Vorgehen brutal und zwecklos

Berlin, 27. Febr. — In der Note an die französische, britische und belgische Regierung und die Rheinland-Kommission in Koblenz protestiert die deutsche Regierung auf das schärfste gegen die Austreibung des Präsidenten Fuchs von der Rheinprovinz, der, wie es sein Recht und heilige Pflicht war, gegen Befehle der Interalliierten Rheinland-Kommission, die sich nicht auf das Rheinland-Abkommen gründeten, Einspruch erhob. Ferner protestierte die Note gegen die massenweise Vertreibung deutscher Beamte aus dem besetzten Gebiet, „welche Vertreibungen anscheinend von der Rheinland-Kommission anscheinend von der Kommission systematisch angeordnet werden, um gewisse Ziele, welche über die Grenze ihrer wirklichen Aufgaben hinausgehen, zu erreichen."

„In vielen Fällen," fährt die Note fort, „sind ihre Möbel von den Okupationstruppen fortgenommen worden. Die Hoffnung, deutsche Beamten durch solche Methoden zur Mitarbeit gegen die deutsche Regierung zu zwingen, ist illusorisch. Die Anwendung solcher Mittel ist jedoch eine Verletzung von Recht und Moral."

Deutschlands Zahlungen zwischen dem November 1918 und September 1922 in Vollfüllung des Versailler Friedensvertrages und zusätzlicher Bestimmungen beliefen sich laut einer in Berlin veröffentlichten Zusammenstellung auf 45,600,000,000 Goldmark. Wenn die in Ausführung der Vertragsbestimmungen erlittenen deutschen Verluste mit in Betracht gezogen werden, so sind, laut Erklärung, Gesamtzahlungen in Höhe von 56,500,000,000 Goldmark gemacht worden. Einschluß des Wertes Elsaß-Lothringens und der früheren deutschen Kolonien bringt die Gesamtzahl auf mehr als 100,000,000,000 Goldmark.

Die Zahlen schließen die Kosten der Besetzung nicht mit ein.

**Franzosen stahlen 12 Milliarden Mark von einem Zug.**

Berlin, 27. Febr. — Laut einer Ankündigung bestiegen französische Soldaten in der Nähe von Hengsley den Berlin-Kölner Schnellzug und beschlagnahmten eine Sendung von zwei Milliarden Mark sowie Platten, welche der Reichsbank gehören.

**Neun Bürger bisher ermordet.**

Nach Zahlen, welche die Deutschen bekannt geben, wurden seit dem Beginn der Okkupation neun Zivilisten erschossen und 13 schwer verwundet. Verhaftungen und Deportationen betragen verschiedene hundert.

Warschau, 27. Febr. — Französische Zeitungen gelangen nicht mehr nach Polen. Wie es heißt, wirft das deutsche Zugpersonal die Bündel während der Fahrt durch Deutschland ab.

## Lage an der Ruhr zwingt Rußland zum Handeln

London, 27. Febr. — „Krieg ist jetzt eine Notwendigkeit für Rußland und es muß alle seine Energie darauf verwenden, Kriegsmaterial zu produzieren." Diese Erklärung wurde von Leon Trotzky vor der außerordentlichen Sitzung des Rates der Volks-Kommissäre in Moskau abgegeben, wie Kabel von Stockholm durch die Central News melden. Trotzky erklärte, daß nunmehr infolge der Verhältnisse an der Ruhr Krieg notwendig sei. „Sobald die roten Armeen Deutschland betreten, wird die Revolution folgen", erklärte der Sowjet-Kriegsminister, „weil die Ereignisse an der Ruhr den Patriotismus des deutschen Proletariats wachgerufen haben."

Der von Trotzky gemachte Vorschlag wurde angenommen. Die Kommissäre entschieden sich dafür, alle öffentlichen Ausgaben auf ein Minimum zu reduzieren und sich auf die Hervorbringung von Kriegsmaterial zu konzentrieren.

**Rußland hilft Lithauen.**

In Verbindung mit Trotzky's Vorgehen, die Fabrikation von Kriegsmaterial zu entwickeln, erfolgte die Ankündigung, daß Rußland eine Note an Lithauen gesandt habe, daß die Sowjets den Lithauern in ihrem Grundstreit mit den Polen helfen werden.

**Mobilisierung an allen Grenzen.**

Eine Depesche von Riga an die London Daily News konstatiert, daß berichtet wird, die Roten mobilisierten an allen Sowjetgrenzen. Dies wird als weitere Andeutung aufgefaßt, daß die Sowjet-Regierung beabsichtigt, sich aktiv an dem polnisch-lithauischen Streit zu beteiligen.

## Frankreich droht mit Krieg, sollte Deutschland die „Orgesch" anerkennen

Paris, 27. Febr. — Sollte Deutschland offiziell die Orgesch, die Bürgerwehr Deutschlands anerkennen, dann muß der Krieg eine unbedingte Folge sein, lautete es in höheren Amtenkreisen. In diesem Falle, heißt es in einem Artikel in der Zeitung „Aux Ecoutes", würde die Ruhrgegend die Basis für die Verteidigung werden, denn die französischen Linien würden weiter nach Osten geschoben werden, damit die Fabriken in der Ruhr, namentlich die Stahlfabriken, für Frankreich arbeiten könnten. Es liegt so ziemlich klar auf der Hand, heißt es weiter in diesem Artikel, daß Cuno Frankreich zwingen wird, Krieg zu erklären, damit die englische und die amerikanische Regierungen veranlaßt werden, sich in diese Frage einzumischen. Eine ganze bedeutende Aenderung soll in der Haltung Frankreichs gegenüber Rußland eingetreten sein, und es heißt, daß Anerkennung von Rußland von einem kommerziellen und ökonomischen Standpunkte wenigstens nicht allzu weit in der Ferne läge.

(Frankreich scheint am Ende seines Lateins zu sein. Das ergibt sich für Jeden, der zwischen den Zeilen lesen kann. Anm. d. Red.)

## Ver. Staaten dürften bald eingreifen

**Law prophezeit, daß die Ver. Staaten bald aus ihrer Zurückgezogenheit hervortreten.**

London, 27. Febr. — In einer Ansprache, welche der Premierminister Bonar Law anläßlich der Washington Geburtstagsfeier, die von der „English-speaking Union" veranstaltet wurde, hielt, sprach er die feste Zuversicht aus, daß die Vereinigten Staaten sich nicht mehr länger von der Teilnahme an den Vorgängen in Europa fernhalten könne. Der Premier gab dann eine kurze Uebersicht über die Entwickelung der politischen Verhältnisse, besonders seitdem die amerikanischen Truppen von Deutschland abberufen wurden, und erklärte dann, daß, im Falle die Vereinigten Staaten sich während der Friedenszeit ebenso viel um die Lage Europas kümmern wollten, wie während des Krieges, dann könnten sich die Vereinigten Staaten nicht mehr den politischen Ereignissen Europas fernhalten. Nach seiner Ansicht könnte es kaum ausbleiben, daß eine Vereinigung zwischen den Vereinigten Staaten und England zustande gebracht werden würde. Hinsichtlich der Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem großen Weltkriege erklärte Bonar Law, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg gezogen seien, nicht um viel zu gewinnen, sondern um viel zu retten, was verloren gehen konnte. Dann hätten die Vereinigten Staaten einen regen Anteil an den Vorgängen, die sich nach dem Kriege ereigneten, genommen, aber infolge eines Mißverstehens der öffentlichen Meinung seitens des Präsidenten der Vereinigten Staaten habe sich diese Macht dann schließlich von dem politischen Felde Europas zurückgezogen, noch ehe ein Friedensvertrag abgeschlossen worden war.

# Saskatchewan Legislatur

Zur zweiten Lesung der Vorlage zwecks Bekämpfung der Tuberkulose nahm

**Hon. J. M. Uhrich,**

der als aktierender Minister dem Oeffentlichen Gesundheitswesen der Provinz vorsteht, das Wort und führte ungefähr Folgendes aus:

Seit dem Großen Kriege, mit seinen gewaltigen Menschenverlusten, hatten in allen zivilisierten Ländern die Bestrebungen, Todesfälle durch ansteckende Krankheiten zu verringern, zugenommen. Je mehr man den wirtschaftlichen Wert eines Menschenlebens kenne, desto mehr sei es Pflicht der Regierungen, die unnötigen Verluste durch solche Krankheiten wie die Tuberkulose oder Schwindsucht zu verkleinern.

**Bericht der Tuberkulose-Kommission.**

Vor der letzten Wahl habe die Regierung versprochen, eine Königliche Kommission einzusetzen zur gründlichen Untersuchung der Schwindsucht und ihrer Bekämpfung. Diese Kommission habe ihre Arbeit sehr gründlich getan und einen umfassenden Bericht eingereicht.

Während Saskatchewan unter allen Provinzen der Dominion Canada prozentual die geringste Zahl von Todesfällen von Tuberkulose aufweise (41 pro 100,000 pro Jahr), so sei diese Zahl doch noch zu hoch und könne und müsse auf die Hälfte herabgesetzt werden. Das sei aber durchaus keine kleine Aufgabe, denn die Untersuchungen der Kommission hätten in verschiedenen Fällen ergeben, daß 34 Prozent der Schulkinder von 6 Jahren mit Tuberkulose behaftet seien. Beim Austreten aus der Schule im Alter von 15 Jahren seien 60 Prozent infiziert. In einem Fall sei eine Gruppe von Normalschüler im Alter von 18 Jahren untersucht und fand man, daß 76 Prozent mit Tuberkulose infiziert waren.

Die Kindersterblichkeit in Saskatchewan sei durch Regierungsmaßnahmen bedeutend herabgesetzt. Trotzdem sei sie noch groß und habe im Jahre 1920 im Ganzen 2561 betragen, im selben Jahre seien 20 vom Hundert aller Todesfälle auf ansteckende und mehr oder weniger verhütbare Krankheiten zurückzuführen.

**Bureau für öffentliche Gesundheit.**

Das Bureau für Oeffentliche Gesundheit arbeite zielbewußt nach der Verhütung ansteckender Krankheiten und habe in dieser Richtung große Erfolge gehabt. Es müsse aber immer mehr und weiter gearbeitet werden, denn unsere Babies sind uns doch sicher wichtiger und wertvoller als unsere Haustiere — und es sei doch sicher von größerer Wichtigkeit für das Volk, die Kindersterblichkeit zu verringern, als die Heuschrecken zu bekämpfen. Zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten habe das Bureau im letzten Jahr an alle Doktoren und Hospitäler Anti-Toxine und Lymphe-Vaccine) gegen Diphtheritis und Pockenkrankheit unentgeltlich gesandt im Werte von Tausenden von Dollars.

„Freies Antitoxin", sagte der Herr Minister, „hat die Diphtheriesterbefälle um die Hälfte herabgesetzt und wir werden diese Krankheit ganz ausmerzen durch die unentgeltliche Verwendung von Toxin-Anti-Toxin." Auch die Krankheits- und Todesfälle durch Typhoid Fieber seien ganz gewaltig herabgesetzt worden.

Premier Hon. Chas. H. Dunning.

**Tuberkulose oder Schwindsucht.**

Trotzdem Saskatchewan eine verhältnismäßig geringe Zahl an Schwindsuchtstodesfällen aufweise, sterben doch jährlich 340 Personen an dieser Krankheit, der gefürchteten „weißen Seuche".

„Während 500,000 Canadier in aufopternder Weise für eine gerechte Sache in Europa ihr Leben ließen, starben in derselben Zeit hier in Canada 50,000 Canadier unnötig und nutzlos an der Schwindsucht." Die Schwindsucht sei eine Krankheit des Gemeinwesens — der Gesellschaft. Viele Menschen seien schon von Geburt an infiziert und für Schwindsucht prädisponiert. Aber wenn die Umgebung und Lebensbedingungen günstige seien, breche die Krankheit nicht aus. Als Infection wird die Tuberkulose durch Keime (Bazillen) hervorgerufen — aber die wirkliche Krankheit tritt erst aus, wenn durch schlechte Umgebung und Ernährung die Widerstandskraft des Körpers nicht mehr imstande ist, den Ausbruch der Krankheit zu verhindern. Die Krankheit könne nicht durch Medizinen geheilt werden, sondern nur durch die Aenderung der Lebensweise und gute Pflege. Währen die Krankheit das Gemeinwesen angreife und tötet, ist sie doch wesentlich eine Krankheit der Gesellschaft, der Zustände, der Lebensbedingungen. Sie ist weniger ein ärztliches, als ein soziales Problem. Darum habe auch die Gesellschaft, das Gemeinwesen, die Pflicht, die Krankheit mit öffentlichen Mitteln und Maßnahmen zu bekämpfen. Darum wachse denn auch für die Regierung die Pflicht, alles Mögliche zur Bekämpfung der Krankheit zu tun.

**Regierungsprogramm.**

Das Programm der Provinzialregierung bestehe darin, daß zwei neue Sanatorien gebaut werden sollten, eins in 1922 und das andere im Jahre 1924. Die Regierung werde diese Heilanstalten bauen und einrichten und sie denen der Antituberkulose Liga zur Verwaltung übertragen. Die Regierung werde weiter die Zuschüsse pro Patient und Tag von 50c auf $1.00 erhöhen. Nach genauen Berechnungen werde die Regierung damit ein Drittel der laufenden Ausgaben dieser Heilanstalten bezahlen.

Neben der Provinz-Regierung müßten die Municipalitäten helfen und alle öffentlichen und privaten Hilfskräfte müßten herangezogen werden durch Aufklärung über Wesen und Behandlung der Krankheit. Die Leute müßten dreimal aufgeklärt werden, daß die Schwindsucht schließlich nur mit Erfolg bekämpft werden könne durch rationelle und gesunde Lebensweise. Als allgemeine Regel möchte er angeben, daß man nur rein kontrolierte Milch von gesunden Kühen brauchen solle. (Die Pasteurisation der Milch töte alle Keime). Daß alle Schulkinder regelmäßig auf Vorhandensein von Tuberkulose untersucht würden und daß jeder Erwachsene sich einmal im Jahre vom Arzt untersuchen lasse solle. Dazu müsse jeder nach seinen Kräften dazu beitragen, Schwindsuchtverdächtige und Kranke auf den Weg der Gesundheit zu führen. Wir gehören alle zu einer großen Menschenfamilie und haben alle die Pflicht, einer für den andern nach seinem Können zu sorgen.

Der Herr Minister erntete reichen Beifall für seine großzügigen und weitsichtigen Ausführungen und die Mitglieder der Opposition hatten nur wenig an seinen Darlegungen auszusetzen.

Herr Bingham, progressiver Abgeordneter von Wilkie, meinte, die gesundheitlichen Zustände in Saskatchewan seien gute und man solle dem Volk keine Angst einjagen. Er glaube nicht, daß über die Hälfte der Kinder an einigen Schulen mit Schwindsucht infiziert seien, sei aber ganz und gar für die Vorlage der Regierung.

Herr Dr. Smith, liberaler Abgeordneter von Saltcoats, sagte, die Eltern hätten vor allem die Pflicht, ihre Kinder vor der Tuberkulose zu schützen, denn die Infizierung erfolge meistens im zarten Alter, wenn der kleine Körper noch nicht genug Widerstandskraft habe. Nur reine Milch sollte benutzt werden und alle Milchkühe sollten mit Tuberkulin „geteiset" werden. Reine gute Milch aber sollte den Kindern in großen Mengen als Nahrung gegeben werden, denn nichts sei so wie die Milch imstande, einen kranken Körper mit kräftiger Konstitution aufzubauen. Verhütungs- und Heilmittel seien viele: Frische Luft, Ruhe, Sonnenschein, viel gute Nahrung und gesunde Wohnräume.

Damit erhielt die Regierungsvorlage die zweite Lesung und ist sozusagen angenommen.

* * *

**Co-operative Elevator Gesellschaften.**

Bei Vorlegung der Resolution der Weizen-Verkaufsfrage führte der Premierminister

(Fortsetzung auf Seite 5.)

**Sieben Ungarn angeklagt, König von Rumänien nach dem Leben getrachtet zu haben.**

Bukarest, 27. Febr. — Vor einem Militärgericht hat der Prozeß gegen die sieben Ungarn, welche eines Komplotts zur Ermordung des Königs angeklagt sind, begonnen. Die Angeklagten räumten ein, Mitglieder der Organisation „Die erwachenden Ungarn" zu sein. Gleichfalls standen sie in regem Verkehr mit den Faszisten und geheimen deutschen patriotischen Organisationen. Den König betrachten sie als das Oberhaupt einer feindlichen Regierung. Es wird behauptet, der Führer der Ungarn, Garoczy, habe ein Geständnis abgelegt.

**Frankreich ersetzt weiße Truppen im Ruhrgebiet durch Farbige.**

Besorgt über die Unzufriedenheit, welche unter verschiedenen weißen Truppenteilen ausgebrochen, die sich in letzter Zeit durch einige Meutereien manifestierte, hat Frankreich begonnen, seine zweifelhaften Truppen durch Schwarze, auf die es sich besser verlassen kann, zu ersetzen.

## Letzte Nachrichten

Regina. — Premier Dunnings Resolution betreffs des „Wheat Board" wurde in der Legislatur angenommen. Damit hat die Provinzial-Regierung den Auftrag erhalten, mit der Dominion Regierung und den Regierungen in Alberta und Manitoba zusammen zu arbeiten, um für 1923 einen „Wheat Board" zu bilden.

New York. — Frau Louise Geisel von Pittsburg, die auf dem Dampfer „Seydlitz" von Bremen zurückkehrte, erklärte, sie sei entschlossen, sofort nach Washington zu begeben und gegen die ihr seitens französischer Soldaten im Ruhrgebiet zuteil gewordene Behandlung sich zu beschweren.

Winnipeg. — Die Manitoba Legislatur begann diese Woche mit Abendsitzungen, um das große Arbeitsprogramm bis zur Vertagung in etwa zwei Wochen bewältigen zu können. — Die Regierungsvorlage zur Gehaltserhöhung der Gehälter der Legislatur-Abgeordneten von $1500 auf $1500 das Jahr wurde angenommen.

Berlin. — In Köln sind Verhandlungen im Gange zwecks der Herausgabe der 12 Milliarden Mark, die die Franzosen vom Berlin-Kölln Expreßzug nahmen. Dieses Geld war für die britischen Besatzungstruppen bestimmt und müssen die Herren Franzosen den Raub wohl wieder zurückgeben.

Koblenz. — Die Rheinland-Kommission hat die Ausweisung von 29 Deutschen verhängt, weil diese angeblich gegen die französische Besatzung agitiert haben. Sie müssen innerhalb vier Tagen mitsamt ihren Familien das Rheinland verlassen.

Konstantinopel. — Wahrscheinlich wird die Türkei den Frieden vom Lausanne ablehnen. Der hiesige Sowjet-Vertreter verspricht russische Hilfe im Angriffsfalle.

**1563 Kriegs- und Friedenstage.**

Berlin, 27. Febr. — Mit Einrechnung des 21. Februar sind, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger" sagt, genau soviele Tage seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vergangen, wie der Weltkrieg gedauert hat, wenn man den Beginn der Feindseligkeiten auf den 1. August 1914 verlegt. Die Zeitung rechnet aus, daß jede Periode 1563 Tage umfaßte. Bezugnehmend auf das „Rechnen", welches, wie die Zeitung sagt, jetzt vor sich geht, führt sie fort:

„Frankreich versucht, seinen Sieg bei an erster Stelle doch nur ein Sieg der Verteidigung war, in einen Sieg der Eroberung zu verwandeln." Die Zeitung macht dann darauf aufmerksam, daß der Weltkrieg mit Deutschland auf französischem Boden endete, und sagt, daß das „Rechnen" darauf hinauslaufe, den Sieg so aussehen zu machen, als ob der Krieg auf deutschem Boden geendet hätte und als ob der Frieden in Berlin geschlossen worden sei.

# Nachrichten aus der Dominion

**Hudsons Bay Bahn.**

Die Voranschläge der Dominion-Regierung enthalten einen Posten von $40,000 für Port Nelson, der Terminalpunkt der Hudsons Bay Bahn. Man sieht darin ein Anzeichen, daß die Dominion-Regierung entschlossen ist, die Hudsons Bay Bahn doch fertig zu stellen.

Da die Bahn bis zum Endpunkt gradiert ist und nur noch an 100 Meilen Schienenstrang zu legen ist, nimmt man an, daß die Regierung erst die Bauten in Port Nelson fertig stellen will, da diese Arbeiten kürzere Zeit nehmen, als das Schienenlegen. Man kann also annehmen, daß die Dominion-Regierung sich endlich davon überzeugt hat, daß der Westen die Hudsons Bay Bahn haben will und muß, um einen weiteren Handelsweg für die Getreideausfuhr zu bekommen und daß die Regierung mit der Fertigstellung der Bahn vorgehen will, sobald die finanziellen Zustände es irgendwie ermöglichen.

**Noch eine Getreidemarkt-Untersuchung**

Auf Antrag der Abgeordneten John Millar, Cut Appelle, ist im Dominion-Parlament eine Resolution angenommen, wonach eine sog. Königliche Kommission eingesetzt werden soll zur Untersuchung der Getreidemarkt-Frage und des Kartoffelbaus. Es war zuerst die offenbare Absicht der Regierung, ein Parlaments-Komitee mit dieser Untersuchung zu betrauen, kam aber von diesem Vorhaben ab, weil ein solches Komitee nicht so gründlich hätte vorgehen können, wie eine Kommission, die an verschiedenen Orten des Landes Sitzungen abhalten und an Ort und Stelle die Zeugen vernehmen kann.

Solche Kommissionen kosten viel Geld und sollte die Regierung darauf sehen, daß sie wirklich gründlich und durchgreifend gestaltet wird, sodaß sie für längere Zeit keine weitere derartige Kommissions-Untersuchung vorzunehmen brauche.

Die Kommission wird besonders darauf ihr Augenmerk zu richten haben, ob und wie die Produktions- und Transportationskosten verringert werden können, damit der Farmer den vollen Preis für seine Ware bekommt und nicht direkt oder indirekt übers Ohr gehauen wird.

**Pan-Amerikanismus.**

Wird Canada in Bälde einen offiziellen Regierungsvertreter — einen Botschafter oder Gesandten — nach der Hauptstadt der Ver. Staaten schicken? Diese Frage ist seit dem Kriege nie ganz eingeschlafen, denn bei Schluß des Krieges hieß es ja immer, daß Canada nun in die Reihe der selbständigen Nationen aufgerückt sei. Trotzdem hat man sich aus manchen schwerwiegenden Gründen noch nicht zu diesem Schritt entschließen können. Der Hauptgrund ist mal darin zu suchen, daß man befürchtet, daß dadurch die Bande, die uns an das Mutterland Großbritannien binden, stark geschwächt werden.

Jetzt kommt die Frage wieder durch die All-Amerikanische Union aufs Tapet. Diese Vereinigung umfaßt 21 Mitglieder-Staaten auf dem amerikanischen Kontinent und ist eine offizielle Organisation zur Entwicklung des Handels, der Freundschaft und des Zusammenwirkens der Völker Nord- und Süd-Amerikas.

Diese Vereinigung ist nun an die canadische Regierung zwecks Beitritt zu der Pan-amerikanischen Union herangetreten. Der General-Berater derselben hatte eine Unterredung mit Premierminister Hon. Mackenzie King und als er darauf hinwies, daß nur der Umstand, daß Canada keinen Gesandten in Washington habe, den Beitritt zur Union hindere, soll King angedeutet haben, „daß dies Hindernis in Zukunft beseitigt werden würde."

**Für Abschaffung der Todesstrafe.**

Ottawa. — Der Abgeordnete William Irvine, Arbeitervertreter von Calgary, wird eine Vorlage einbringen zwecks Abschaffung der Todesstrafe in Canada. In den letzten Jahren ist fast alljährlich eine dahingehende Vorlage eingebracht worden, aber hat nie eine bedeutende Zahl Stimmen gefunden und so wird es wohl auch diesmal gehen. Man kann ja vom humanitären Standpunkt im Prinzip gegen die Todesstrafe sein, aber wenn sie, wie ihre Verteidiger behaupten, als Abschreckung dient, dann würde es sicher eine gefährliche Sache sein, sie abzuschaffen. Es sollte darüber die Statistik genau konsultiert werden, denn es gibt Länder, in denen die Todesstrafe bereits seit längerem nicht mehr besteht.

Auf jeden Fall aber sollte das zivilisierte Canada die gräßliche Art der Hinrichtung durch Erhängen aufgeben und dafür die mehr humane Hinrichtungsart, wie sie in den Vereinigten Staaten üblich ist, einführen. Dort werden Mörder durch den elektrischen Stuhl vom Leben zu Tode befördert und wenn auch die Wirkung, nämlich die gewaltsame Tötung eines Menschen dieselbe ist, so ist doch die Art und Weise eine mehr dem modernen Empfinden entsprechende. Man sollte da nicht auf altbritische Sitte und Gewohnheit hinweisen, denn eine an und für sich gräßliche Sache wird dadurch nicht weniger scheußlich und widerlich, daß sie oft und lange die Gewohnheit war. Also, wenn man nicht soweit gehen kann, daß man die Todesstrafe abschafft, dann schaffe man wenigstens Galgen und Strick ab und setze an deren Stelle den elektrischen Stuhl.

**Dr. Fernow gestorben.**

Vor kurzem verstarb in Toronto Dr. Bernhard Eduard Fernow, eine weltbekannte und berühmte Autorität des Forstwesens. Er war lange Zeit Chef der Forst-Abteilung des landwirtschaftlichen Departments der Regierung der Ver. Staaten. Seit 1907 war er Dekan der Fakultät des Forstwesens an der Universität von Toronto und hielt diese Stellung bis zum Jahre 1919 inne, wo er als Professor emeritus in den Ruhestand trat. Eine Reihe forstwissenschaftlicher Werke und Aufsätze entstammen seiner Feder.

Der Verstorbene war in Deutschland, und zwar in Inowraclow, Posen, geboren. Er studierte an der Universität Königsberg und kam als 25-jähriger junger Mann nach den Ver. Staaten, wo er weiteren Studien oblag.

Wir führen dies besonders an, da wir wohl die Todesnachricht in der hiesigen Presse lasen aber nichts darüber, daß dieser eminente Forstwissenschaftler in Deutschland geboren sei und dort seine Hauptausbildung genossen hatte. Und doch kann jeder Zeitungsmensch das im „Who's Who" nachlesen.

**Canadische Kolonisations-Gesellschaft erhielt $40,000 von der Dominion-Regierung.**

Ottawa. — Wie Hon. Charles Stewart, Minister für Einwanderung, im Parlamente auf eine diesbezügliche Anfrage mitteilte, wurde der „Canadian Colonization Association" unter dem Einwanderungsgesetz die Summe von 40,000 Dollars vorgestreckt. Diese Summe wurde von genannter Gesellschaft in Großbritannien und den Ver. Staaten zur Förderung der Einwanderung nach Canada verwandt. Von einem Erfolg dieser angeblichen Propaganda hat man allerdings bisher nichts bemerkt und dürften die hierfür ausgegebenen öffentlichen Gelder nutzlos sein, solange man in Ottawa nicht eine weitgehendere Einwanderungs-Politik befolgt, die auch das kontinentale Europa mit einschließt.

**Saatgetreide nicht mehr gehandhabt.**

Hon. W. R. Motherwell kündigte im Dominion Parlament an, daß die Dominion Seed Grain Purchasing Kommission dieses Jahr kein Saatgetreide kaufen und verteilen wird. Der Minister sagte, daß seit der Bildung dieser Kommission im Jahre 1916 ein stetiger Fortschritt gemacht worden sei in der Entwicklung der Saatgetreide-Geschäfte und daß die Arbeiten der Kommissionen stetig weniger geworden seien. Saatgetreidegeschäfte und private Besitzer von solchem Getreide hätten mehr und mehr das Geschäft übernommen und seien imstande, gutes Standardsaatgut zu liefern.

Die Kommission wurde seinerzeit gebildet, um Farmern in Gegenden, wo eine völlige oder teilweise Fehlernte war, Saatgetreide zum Kostenpreis zu liefern.

## Inhaltsverzeichnis

S. 1—Massenprotest gegen Ruhrbesetzung.— Lage an der Ruhr zwingt Rußland zum Handeln. — Sask. Legislatur.— Nachrichten aus der Dominion. — Letzte Nachrichten aus aller Welt.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Unterhaltendes und Belehrendes.
S. 3—Fortsetzung der Weltumschau. — Deutsche Kolonialgebiete in Rußland. — Lurch's Kreuz gerettet. — Kriege sind ein Verbrechen.
S. 4—Aus canadischen Provinzen.
S. 5—Saskatchewan Legislatur (Fortsetzung von Seite 1.) — Tod gräßlicher Verfehen der Weltgeschichte. — Memel den Litauern ausgeliefert.
S. 6—Für unsere Farmer. — Für unsere Hausfrauen. — Für die Kinder.
S. 7—Erzählung: „Die Sünden der Väter."
S. 8—Aus Regina und Umgegend. — Deutsche Regierung fürchtet neuen Ausbruch inneren Parteihaders.
S. 9—Nachrichten aus Alberta. — Allgemeines. — Für kath. Leser: Volksvereins-Nachrichten.
S. 10.—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Klassifizierte Anzeigen des Courier. — Allgemeines.
S. 12—Hilf dir selbst, so hilft dir Gott. — Die Ruhrlage verschärft sich. — Ein Eingesandt. — Reichskanzler Cuno über das deutsche Recht.